

# DIE ALPEN

# KONVENTION

Nachhaltige Entwicklung  
für die Alpen

www.cipra.at



No 102

01/23

## Olympische Winterspiele

Undurchsichtige Entscheidungsprozesse und Beton vor Landschaft: Grün sieht anders aus.

## Horizontal statt Vertikal

Sektorenübergreifende Ansätze stehen beim Alpinen Klimabeirat an oberster Priorität.

## Schrumpfsstrategien

Weite Teile des ländlichen Raumes schrumpfen. Wie sehen Lösungsansätze dafür aus?



## Inhalt

- 03 8A - GEMEINDEN**  
Die Förderung nachhaltiger  
Gemeindeentwicklung  
Text: Peter Angermann
- 04 OLYMPISCHE  
WINTERSPIELE**  
Geplatzter Traum vom grünen Olympia  
Text: Madeleine Rohrer
- 06 ALPNER KLIMABEIRAT**  
Horizontal statt Vertikal  
Text: Katharina Zwettler
- 07 KURZMELDUNGEN &  
TERMINE**
- 08 VERKEHR**  
Mein Fahrrad - Mein AMIGO  
Text: Jakob Dietachmair
- 09 VERKEHR**  
Kapazitätsmanagement namens „Slot“  
Text: Stephan Tischler
- 10 RAUMPLANUNG & NACH-  
HALTIGE ENTWICKLUNG**  
Alpine Räume strategisch schrumpfen  
Text: Alois Humer

**IMPRESSUM:** Für den Inhalt verantwortlich: CIPRA Österreich im Umweldachverband, Herausgeber und Medieninhaber: Umweldachverband GmbH, Dresdner Straße 82/7, OG, 1200 Wien, FN: 280270m. Geschäftsführer: Gerald Pfiffinger. Gesellschafter: Umweldachverband (100%) – Umweltorganisation & überparteiliche Plattform für 36 Umwelt- und Naturschutzorganisationen bzw. alpine Vereine aus ganz Österreich. Blattlinie und Erscheinungsweise: Fachinformation zur Alpenkonvention. Erscheint bis zu vier Mal pro Jahr. REDAKTION: Paul Kuncio, Alpenkonventionsbüro von CIPRA Österreich, REDAKTIONSBEIRAT: Ewald Galle (BMK) KONTAKTADRESSE, REDAKTIONSANSCHRIFT: CIPRA Österreich – Alpenkonventionsbüro, Dresdner Straße 82/7, OG, 1200 Wien, Tel. +43/(0)1/40113 32, E-Mail: oesterreich@cipra.org. LAYOUT: www.simonejak.com; DRUCK: Sterndruck GmbH, Nr. ATU33202708, FN 46404t, UW 1017 (www.sterndruck.at)



Mit diesem Aufruf zur Kooperation wünsche ich Ihnen eine spannende Leselektüre!

**Paul Kuncio**  
Geschäftsführer & Leiter  
des Alpenkonventionsbüros

## Liebe Leser:innen!

Nach einer beträchtlichen Ruhephase kehrt die Alpenkonventionszeitschrift mit der bereits 102. Ausgabe zurück. Seit der letzten Ausgabe hat sich viel im Umfeld der Alpenkonvention getan. Die Schweiz hat den Vorsitz an Slowenien übergeben und die Arbeitsgruppen haben mit ihrer Arbeit zum neuen Mandat 2022-2024 begonnen. Im Oktober 2022 wurde von den Vertragsparteien im Rahmen der Alpenkonferenz das mehrjährige Arbeitsprogramm beschlossen.

Darin enthalten sind mehrere Schwerpunkte, die mit den Beitragsthemen dieser Ausgabe zusammenhängen. Passend zum Schwerpunkt 2 „ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen“ widmet sich der Alpine Klimabeirat mit dem Hot Spot Energie einer der wesentlichsten Herausforderungen in der Klimakrise (siehe Seite 6). Der slowenische Vorsitz widmet sich besonders dem Schwerpunkt 3 „Ermöglichung einer guten Lebensqualität für die Menschen in den Alpen“, der eine ganze Bandbreite an Themen abdeckt. Einer dieser Themen ist der Verkehr. Eine gut funktionierende Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil für eine gute Lebensqualität (siehe Seite 8). Der Verkehr kann aber auch die Lebensqualität beeinträchtigen, wie es etwa am Brenner der Fall ist. Lösungsansätze wie das kürzlich ins Spiel gebrachte Slot-System kann aber auch nur bedingt das Problem auflösen (siehe Seite 9).

Eine zentrale Frage in der Klimakrise ist, wie wir zukünftig unseren begrenzten Alpenraum erhalten und nachhaltigen gestalten können. Haben etwa gigantische Sportereignisse wie die Olympischen Winterspiele (siehe Seite 4) noch Platz in den Alpen? Wie kann man von Abwanderung betroffene Regionen bei der Raumentwicklung unterstützen und sind Schrumpfungstrategien ein möglicher Ansatz dafür (siehe Seite 10)? Wie kann man eine nachhaltige Gemeindeentwicklung fördern? Diese und viele weitere Fragen gilt es zu beantworten und in der Praxis umzusetzen. Dazu bedarf es eine enge und bereichsübergreifende Zusammenarbeit.

# DIE FÖRDERUNG NACHHALTIGER GEMEINDEENTWICKLUNG

**Der Umstand, dass sich nachhaltige Gemeindeentwicklung – die sich insbesondere an den Nachhaltigkeitszielen der Alpenkonvention orientiert – aber auch auf die Finanzierung der Aufgaben der Gemeinden positiv auswirken kann, wurde bisher kaum thematisiert. Umso mehr war es eines der Ziele des zweiten Mallnitzer Skriptums zur Alpenkonvention<sup>1</sup>, besonders auch diesen Umstand zu beleuchten.**

Text: Peter Angermann, ÖAV Landesverband Kärnten

Einzelne, punktuelle Förderprogramme, etwa die Förderung für den Einbau von Solarpaneelen, die Förderung thermischer Sanierungen, Energiesparmaßnahmen bis hin zu staatlich geförderten Beratungsprogrammen, etwa die der „e5-Gemeinden“ etc., gibt es ja bereits. Was es aber in dieser Form scheinbar noch nicht gibt, ist die gezielte staatliche Förderung für ganzheitlich-nachhaltige Gemeindeentwicklung – eine Entwicklung etwa im Sinne der 8A-Gemeinden<sup>2</sup>, wobei „8A“ für die acht Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention steht.

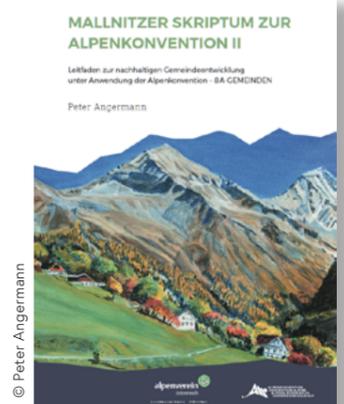
Im seit Februar 2023 vorliegenden zweiten Mallnitzer Skriptum zur Anwendung der Alpenkonvention auf kommunaler Ebene wurde u.a. auch der Versuch unternommen, ausgehend vom Recht der Europäischen Union und weiter in den Bereich des innerstaatlichen Rechts, mögliche Begründungen für eine bevorzugte Freigabe von Fördermitteln für diejenigen Gemeinden, die sich um die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen – ins-

besondere jenen der Alpenkonvention – besonders bemühen<sup>3</sup>, zu finden und diese Begründungen mit rechtlichen Argumenten zu hinterlegen. Dem Grunde nach gilt nämlich auch bei der Fördervergabe an und durch Gemeinden der Gleichheitsgrundsatz<sup>4</sup>. Bevorzugte Förderungen einzelner Gemeinden oder auch Fördermaßnahmen der Gemeinden an Dritte sind unter dem Gleichheitsaspekt zu betrachten. Sachlich begründete Differenzierungen nach objektiven Unterscheidungsmerkmalen sind jedoch zulässig.

In Zusammenarbeit mit der österreichischen Vertretung der internationalen Alpenschutzkommission CIPRA und gemeinsam mit dem Klimaschutzministerium werden vom ÖAV-

## Schulungen zur Anwendung der Alpenkonvention auf Gemeindeebene

Landesverband Kärnten am 22. und 23. Juni 2023 in Mallnitz/Kärnten kostenlose Schulungen zur Alpenkonvention auf



Gemeindeebene angeboten. Die Kurse richten sich insbesondere an mit gemeindebehördlichen Aufgaben betraute Gemeindebedienstete aber auch an sonstige Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf kommunaler Ebene.

Nähere Auskünfte dazu unter [kaernten@landesverband.alpenverein.at](mailto:kaernten@landesverband.alpenverein.at).

<sup>1</sup> Herausgegeben vom Landesverband Kärnten des Österreichischen Alpenvereins im Rahmen der Projekts „die Alpenkonvention und ihre praktische Anwendung in den Gemeinden“ (LE 14-20). Ein pdf des Skriptums ist kostenlos unter [kaernten@landesverband.alpenverein.at](mailto:kaernten@landesverband.alpenverein.at) erhältlich.

<sup>2</sup> Ein Gemeindeentwicklungsprogramm gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) im Österreichischen Programm für ländliche Entwicklung 2014 – 2020.

<sup>3</sup> Sei es, um damit einer gesetzlichen Verpflichtung – somit einer staatsvertraglichen Vereinbarung iSd Art. 50 Abs. 1 B-VG wie etwa der Alpenkonvention – zu entsprechen oder sei es, um damit eine entsprechende Umsetzung einer vertraglichen Vereinbarung oder Willenserklärung der exekutiven Gewalt zu fördern.

<sup>4</sup> Vereinfacht besagt der Gleichheitsgrundsatz, dass durch die öffentliche Hand Gleiches gleich behandelt werden muss und dass, aus Sicht der Fördergeber, Ungleiches ungleich behandelt werden kann – etwa durch die bevorzugte Vergabe von Fördermitteln im Fall außergewöhnlicher Beiträge des Förderwerbers zur CO<sub>2</sub>-Reduktion und zum Klimaschutz oder allgemein bei besonderen Maßnahmen der Förderwerbers zum Schutz der Umwelt.

Mit Unterstützung von Bund und Europäischer Union

**Bundesministerium**  
Klimaschutz, Umwelt,  
Energie, Mobilität,  
Innovation und Technologie

**LE 14-20**  
Entwicklung für den Ländlichen Raum

gedruckt nach der Richtlinie des Österreichischen Umweltzeichens „Druckerzeugnisse“, Sterndruck GmbH, Nr. UW 1017



# GEPLATZTER TRAUM VOM GRÜNEN OLYMPIA



Die historische Monti-Bahn in Cortina soll abgerissen und durch eine neue ersetzt werden

## Südtirol muss sich übrigens auch an den Folgekosten der Bobbahn beteiligen.

**Südtirol will Gastgeber von erstmals nachhaltigen Olympischen Winterspielen sein. Die Umsetzung aber zeigt, dass Beton vor Landschaft Vorrang hat. Und wie undurchsichtig die Entscheidungsprozesse sind.**

Text: Madeleine Rohrer, Dachverband für Natur- und Umweltschutz, CIPRA Südtirol

Mailand-Cortina und mittendrin das Südtiroler Antholz sollten 2026 die ersten olympischen Winterspiele werden, die sich wirklich der Enkeltauglichkeit verschreiben. Italien hat 2019 den Zuschlag für dieses Sportereignis im Zeichen der Völkerverständigung auch deshalb erhalten, weil es „Spiele im Zeichen der Nachhaltigkeit“ sein sollten. Die Strategie des IOC enthält durchaus gute Ansätze: die Nutzung bestehender oder wieder abbaubarer Sportstätten, die Organisation von Wettbewerben auch ausserhalb der Gastgeberstadt und des Gastgeberlandes sowie Rücksichtnahme auf Schutzgebiete. Auch hat das IOC inzwischen anerkannt, dass die Olympischen Sportstätten in Europa dahinschmelzen. Wegen des Klimawandels.

Südtirol hat sich mit seinem angeblich schon olympiatauglichen Biathlonzentrum beworben. Der Landeshauptmann wird 2019 noch von den Medien zitiert, „dass die Olympischen Spiele in Antholz 2026 keine großen Neubauten vorsehen würden – im Gegenteil: Die bestehende Infrastruktur sei bereits auf dem neuesten Stand und würde keine größeren Eingriffe benötigen“. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass fast 40 Millionen Euro in die Erweiterung des Biathlonzentrums investiert werden müssen, unter anderem für eine rund 7,5 Millionen teure Beschneiungsanlage samt 30.000 m<sup>3</sup> großem Speicherbecken und einem Schneedepot in unberührtem Waldgebiet. Die zu beschneide Fläche wird von heute knapp 5 Hektar auf 12,5 Hektar ausgedehnt. Die Entscheidung über die notwendigen Infrastrukturen liegt längst nicht mehr beim Gastgeber selbst. „Aufgrund einer Bewertung der genannten räumlichen und technischen Rahmen-

bedingungen bzw. Anforderungen ist die Errichtung unterirdischer Räumlichkeiten... für die verpflichtende Bereitstellung eines Waffendepots (350-400 Waffen), eines Munitionslagers und eines Ausgabebereichs vorgesehen“, so die Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage.

Besonders exemplarisch für die unkontrollierbare Eigendynamik ist die Bobbahn in Cortina. Für ursprünglich 60 Millionen Euro sollte die historische Monti-Bahn abgebrochen und neu aufgebaut werden. Anders als im Bewerbungsdossier angegeben, handelt es sich nicht um ein bereits bestehendes Bauwerk, in dem bloß die Eismaschinen anzuwerfen und der Lichtschalter einzuschalten sind. Inzwischen werden die Kosten auf 200 Millionen Euro geschätzt, finanziert von den italienischen Steuerzahlenden auf stures Betreiben der Lokalpolitik. Dabei wird die Bahn in Cortina wie jene der Winterspiele in Turin 2006 nur ein paar Tage lang genutzt. Auch wurde die wesentlich sinnvollere und billigere Alternative der nahegelegenen Bobbahn in Innsbruck-Igls/A nie ernsthaft geprüft. Im März 2023 schreibt das Inter-

nationale Olympische Komitee an die CIPRA: „Im Fall der Bobbahn in Cortina sind wir der Meinung, dass für Olympische Winterspiele keine neuen Bobbahnen gebaut werden müssen, sondern eine bestehende Anlage in der Region oder in einem anderen Land genutzt werden sollte.“ Die endgültige Entscheidung, eine neue Bobbahn in Cortina zu bauen, erfolgte übrigens trotz der Zusicherung des IOC an italienische NGOs, dass dafür ein solider und nachhaltiger Nutzungsplan erstellt wird. Mit Blick auf den Bauentscheid für eine neue Anlage in Cortina betont das IOC, dass es schlicht vor vollendete Tatsachen gestellt wurde: „Wenn sie [die Bobbahn] einmal gebaut ist, wäre es – unabhängig von der Bewertung des IOC – unvernünftig, sie nicht zu nutzen.“ Fraglich ist, ob die Bobbahn in Cortina rechtzeitig fertig wird oder bereits während der Spiele zur Kathedrale in der Wüste verkommt. Der Eiskanal muss nämlich bereits in der Wintersaison 2024/25 zur Verfügung stehen, da auf einer neuen Olympia-Bahn vorherige Weltcup-Rennen als Testlauf vorgeschrieben sind.

Südtirol muss sich übrigens auch an den Folgekosten der Bobbahn beteiligen. Es sind Gelder, die viel dringender für den Ausbau der sanften Mobilität in der Nachbarregion verwendet werden sollten. In einer parlamentarischen Anfrage heißt es von der Landesregierung: „Bei den Folgekosten gab es eine grundsätz-

liche Zusage, dass, wenn es die Region Venetien beantragt, Mittel aus dem Grenzgemeindenfonds für den Betrieb der Anlage verwendet werden dürfen ... Mir ist wichtig zu betonen, dass das Land Südtirol... keine unmittelbare Entscheidungsbefugnis bezüglich Grenzgemeindenfonds haben ...dass ein Teil dieser Mittel – jährlich 40 Millionen Euro pro Land – im Umfeld der Länder eingesetzt werden soll. Das ist aber nicht unser Geld. Es ist nicht so, dass wir sagen können, dass wir entscheiden, was im Veneto oder in der Lombardei mit diesem Geld gemacht werden soll.“ Der Bau und die Finanzierung der Bobbahn zeigen damit eindrücklich undurchsichtige Verantwortlichkeiten und die Entscheidung durch andere auf.

Das Land Südtirol will schließlich die Olympischen Spiele nutzen, um die Mobilität auf Vordermann zu bringen. Die Umweltorganisationen begrüßen den seit Jahrzehnten geforderten Bau der 3,5 Kilometer langen Bahnschleife im Riggertal zwischen Schabs und der Linie der Brennerbahn. Damit soll die Pustertalbahn direkt mit dem Bahnhof Brixen verbunden werden. Das verkürzt die Fahrzeit, Umstiege entfallen und die Bahn wird insgesamt verlässlicher und attraktiver. Der dringend notwendige Ausbau des öffentlichen Verkehrs kommt nun dank Olympia – und dient auch ein wenig als Feigenblatt. Denn im Pustertal bringen die Spiele 2026 auch nachhaltig viel

Beton und Asphalt. Vorgesehen sind unter anderem eine verbesserte Zufahrt zur Brennerautobahn in Vahrnsamt neuer Straßenbrücke über das Riggertal um 16 Millionen Euro, der Bau von zwei neuen Kreuzungen bei Olang und Antholz auf der Pustertaler Staatsstraße um 15 Millionen Euro, der Ausbau der Pustertaler Staatsstraße auf mehreren Abschnitten (10 Millionen Euro), ein neuer Anschluss der Pustertaler Staatsstraße und der Staatsstraße nach Cortina an den Zugbahnhof Toblach (13 Millionen Euro), der Abbruch und Wiederaufbau einer Brücke in Antholz um 2,3 Millionen Euro und die Teilfinanzierung der Umfahrung von Percha. (29,1 Mio.).

Umweltorganisationen in der Region kommen daher bereits jetzt zum Schluss, dass gleich alle drei Ziele verfehlt werden, die die italienischen Bewerber dem IOC bei der Kandidatur zugesagt haben: Erstens sollte es bei den Olympischen Spielen Bürgerbeteiligung geben. Stattdessen wurde die Abwicklung der Investitionen einem Sonderkommissar übertragen, womit Bürgereinwände und Klagen umgangen werden. Zweitens hätten die Spiele ohne Zusatzkosten ausgerichtet werden sollen. Bisher sind über 4 Milliarden Euro an öffentlichen Geldern verplant. Drittens werden die vom Gesetz verpflichtenden Umweltprüfungen unterlaufen. Es wird gar nicht erst der Nachweis geliefert, dass an diesen Bauten etwas umweltverträglich sei.

Im Jahr 2050 werden, so das IOC, bis zu 60 Prozent der olympischen Veranstaltungsorte nicht mehr schneesicher sein. Bereits heute dürfen wir für zwei Wochen Sportereignis den Klimawandel nicht einfach ausblenden.

**Besonders exemplarisch für die unkontrollierbare Eigendynamik ist die Bobbahn in Cortina**



# HORIZONTAL STATT VERTIKAL

Text: Katharina Zwettler, Focal Point Alpenkonvention und Mitglied des Alpen Klimabeirates

## Nachhaltige Energietransformation, naturbasierte Lösungen und Lebensqualität durch Klimaschutz sind die Leitthemen für die aktuelle Arbeitsperiode.

**A**pril 2019 Verabschiedung des Alpen Klimazielsystems 2050, Dezember 2020 Annahme des Klimaaktionsplans 2.0 – jeweils durch die Minister:innen der Alpenstaaten: Der Alpine Klimabeirat (ACB) hat in den vergangenen Jahren fundierte Grundlagen geschaffen, um die Alpen bis 2050 klimaneutral und klimaresilient zu machen.

Aktuell befindet sich der Beirat, ein Arbeitsgremium der Alpenkonvention, in der Umsetzung des Klimaaktionsplans. Wer in Prozessen mit ähnlichen Strukturen und weiten Planungshorizonten arbeitet, weiß, dass das eine essenzielle und herausfordernde Phase ist. Nach der Formulierung der Ziele (Alpines Klimazielsystem) und Maßnahmen (Klimaaktionsplan) geht es nun darum, konkrete Aktivitäten zu starten und Projekte auf den Boden zu bringen. In dieser Phase also treffen hehre Ziele auf die harte Realität der Umsetzung mit den damit einhergehenden Fragen: Wer setzt um? Wie genau setzt man um? Wer bezahlt was?

Wege auf den Boden gibt es verschiedene. Der Alpine Klimabeirat hat sich entschieden, für die aktuelle Arbeitsperiode jenen der sektorübergreifenden Arbeit zu wählen.

Während der ersten Umsetzungsaktivitäten des Klimaaktionsplans hat der ACB festgestellt, dass nicht nur viele vielversprechende Aktivitäten innerhalb der einzelnen Sektoren liegen, sondern auch die Schnittstellen zwischen den Sektoren Raum für innovative Ansätze bieten. Statt vertikal, entlang der Sektoren (Ver-

kehr, Raumplanung, Energie, Berglandwirtschaft etc), zu arbeiten, wird also horizontal gedacht. Der ACB hat drei Leitthemen, sogenannte „hot spots“, erarbeitet, die verschiedene Sektoren miteinander verbinden: nachhaltige Energietransformation, naturbasierte Lösungen und Lebensqualität durch Klimaschutz. Durch das Aufbrechen der sektoralen Betrachtungsweise erwarten wir zu allererst neuen Schwung und nebenbei eröffnet es die Möglichkeit, mögliche Zielkonflikte und „blinde Flecken“ unserer bisherigen Arbeit zu reflektieren.

Ob dieser Weg DER richtige Weg für eine effiziente Umsetzungsphase ist, wird sich weisen. Der Auftakt in dieser Arbeitslogik war jedenfalls erfolgreich. Ende März 2023 diskutierten rund 25 Teilnehmende aus beinahe allen Alpenstaaten in einem Workshop zum hot spot Energie. Dabei waren Vertreter:innen von verschiedenen administrativen Ebenen, Nichtregierungsorganisationen und Regionalverbänden sowie Unternehmer:innen aus dem Energiebereich.

Im Fokus standen zu Beginn die vier Umsetzungspfade zu Energie („Aufbau eines Netzwerks regionaler EnergiekoordinatorInnen“, „Ermöglichung einer alpenweiten Energie-Demokratie“, „Unterstützung von kohlenstoffarmen/energieeffizienten alpinen Lebensstilen und Geschäftsmodellen“, „Unterstützung der alpinen Verwaltungen als Vorreiter und Vorbild für die Energiewende bei ihren Gebäuden“). Die Teilnehmenden diskutierten die Umsetzungspfade und ihre Verbindungen zu anderen Sektoren. Durch diese Gedankenspiele kristallisier-

## „Wer setzt um? Wie genau setzt man um? Wer bezahlt was?“

ten sich rund 15 verschiedene Aktivitätsfelder heraus. Jetzt geht es darum, den Fokus auf jene zu lenken, bei denen es Antworten auf die oben gestellten Fragen gibt: Eine Institution setzt um, indem sie diese konkreten Aktivitäten plant und die Finanzierung feststeht.

Einen Teil der Aktivitätsfelder kann der ACB selbst umsetzen. Schon jetzt agiert der Beirat stark als Plattform zur Vernetzung und organisiert beispielsweise Webinare zu bestimmten Themen. Aufgaben dieser Art können weiterhin durch das Team rund um den Vorsitzenden des ACB abgedeckt werden. Bei anderen Aktivitäten sind wir auf alle engagierten Mitglieder des ACB und interessierte Teilnehmende unserer Workshops angewiesen.

In dieser Logik wird der ACB auch die beiden anderen hot spot Themen bearbeiten: Ein Workshop, um mit Expert:innen die sektorübergreifenden Aktivitätsfelder zu identifizieren und dann die Aufteilung dieser Felder in konkrete Aktivitäten und Projekte auf den ACB selbst oder Externe.

Es soll bis zur XVIII. Tagung der Alpenkonferenz im Jänner 2025 und auch für die nächsten Alpenkonferenzen starke vorzeigbare Projekte geben, die uns weiter Richtung klimaneutrale und klimaresiliente Alpen 2050 gebracht haben. Der Ansatz, horizontal und damit sektorübergreifend zu arbeiten, soll eben dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

## KURZMELDUNGEN



© Nationalpark Hohe Tauern

### Erstmals vier erfolgreiche Bartgeierbruten im Nationalpark Hohe Tauern

In den Hohen Tauern in Österreich haben alle sechs Bartgeierpaare zum ersten Mal seit Beginn des Wiederansiedlungsprogramms im Jahr 1986 erfolgreich gebrütet. Vier Küken sind geschlüpft und haben die kritischen ersten zwei Wochen überlebt. Dies ist das erste Mal, dass ein solcher Erfolg im größten Schutzgebiet der Alpen erzielt wurde. Zwei der erfolgreichen Paare haben bereits ihr neuntes und zehntes Küken aufgezogen.

Mehr Informationen unter: [www.hohetauern.at](http://www.hohetauern.at)



### Alpine Changemaker Basecamp

Vom 3. bis 7. Juli 2023 findet das zweite „Alpine Changemaker Basecamp“ in Schlanders/I statt. Hier haben 20 junge Erwachsene zwischen 18 und 30 Jahren die Möglichkeit, gemeinsam an nachhaltigen Projekten für den Alpenraum zu arbeiten und sich weiterzuentwickeln. Experten aus verschiedenen Bereichen begleiten die Teilnehmer:innen und unterstützen sie mit Werkzeugen und Know-how.

Mehr Informationen unter: [www.cipra.org/de/news/ge-sucht-innovative-ideen-fuer-die-alpen](http://www.cipra.org/de/news/ge-sucht-innovative-ideen-fuer-die-alpen)

### Projekt Trata 2.1

In dem Projekt Trata 2.1 setzen sich die slowenische Gemeinde Škofja Loka und lokale Unternehmen das Ziel, gesündere und umweltfreundlichere Pendelmethoden zur Arbeit zu fördern. Derzeit pendeln fast alle der über 5.000 Beschäftigten im Industriegebiet Trata in Škofja Loka mit dem Auto zur Arbeit, was zu bekannten Problemen und Pendler dazu zu bewegen, nachhaltigere Mobilitätsmethoden zu nutzen.

Mehr Informationen unter [www.cipra.org](http://www.cipra.org)

## In den Bergen ist Freiheit

### Erschließungswelle bedroht Ötztaler Alpen

Mehrere österreichische Verbände haben sich für die Erweiterung des Schutzgebietes der Ötztaler Alpen ausgesprochen. Sie wenden sich gegen weitreichende Bauungspläne in diesem Gebiet und verweisen auf die Notwendigkeit, die letzten verbliebenen alpinen Räume vor einer Erschließung zu bewahren. Das Gebiet um den Linken Fernerkogel soll in die Schutzzone „Ötztaler Alpen“ aufgenommen werden.

Mehr Informationen unter: [www.alpenverein.at/portal/news/2023](http://www.alpenverein.at/portal/news/2023)

## TERMINE

24.05.2023

### Wandersymposium 2023 Weisensee Haus, Kärnten ab 9:30 Uhr

Unter dem Titel „Wandern ohne Fußabdruck – Sinnvoll für die Natur. Sinnvoll für uns.“ findet ein gemeinsames Wandern und eine spannende Diskussion mit ausgewählten Expert:innen statt.

Anmeldung unter: [www.wanderdoerfer.at](http://www.wanderdoerfer.at)

26.-27.05.2023

### Wild oder kultiviert? Hefterhof, Salzburg

Die Plattform „Wildökologisches Forum Alpenraum“ lädt zur Veranstaltung „Wild oder kultiviert? Lebensröze für Mensch und Wild“ ein.

Mehr Informationen unter: [www.jagd-oesterreich.at](http://www.jagd-oesterreich.at)

30.06.-01-07.2023

### FutureForum Alps – My health, our climate Schaan, Liechtenstein

Wie wirkt sich die Klimakrise auf unsere körperliche und geistige Gesundheit aus? Welche Massnahmen sind nötig, um uns und die Umwelt Gesund zu erhalten?

Anmeldung unter: [futureforumalps.li](http://futureforumalps.li)



## MEIN FAHRRAD – MEIN AMIGO

**M**orgens geht es los: Zehntausende Berufstätige im Alpenrheintal pendeln täglich zur Arbeit und wieder nach Hause. Viele davon bevorzugen immer noch das eigene Auto. Die Folgen sind überlastete Straßen sowie Lärm- und Luftverschmutzung. Der Verkehr ist in der Vierländerregion Deutschland, Schweiz, Liechtenstein und Österreich mit der grösste Verursacher von Treibhausgasen. Obwohl es sehr gut ausgebaute Radwege und einen taktstarken, leistbaren öffentlichen Verkehr gibt. Potentialanalysen zeigen, dass über zwei Drittel der Arbeitnehmer:innen nicht weiter als 15 Kilometer vom Arbeitsplatz entfernt wohnen. Dennoch fahren nur rund 10 Prozent von ihnen mit dem Fahrrad, E-Bike oder gehen zu Fuss zur Arbeit.

Im dreijährigen Interreg-Projekt AMIGO (Aktive Personenmobilität in Unternehmen integrieren, Laufzeit 2020-2022) haben sich das Fürstentum Liechtenstein, das Land Vorarlberg und der Kanton St. Gallen für einen gesunden, klimafreundlichen und aktiven Weg zur Arbeit und Arbeitsalltag eingesetzt. Durch die Verknüpfung der Bereiche Betriebliches Mobilitätsmanagement und Betriebliche Gesundheitsförderung im Unternehmen haben sie Synergien geschaffen, die positiv für Mitarbeiter:innen, Unternehmer:innen und das Klima sind. Zum Beispiel gibt es aktivere und gesündere Mitarbeiter:innen, weniger Flächenverbrauch durch reduzierte Parkflächen und ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz.

CIPRA International, das Energieinstitut Vorarlberg, die aks Gesundheit und die Energieagentur St. Gallen entwickelten sieben neue Maßnahmen an der Schnittstelle von Mobilitätsmanagement und Gesundheitsförderung. Mit diesen haben sie einen bereits existierenden Werkzeugkoffer für betriebliches Mobilitätsmanagement ergänzt, der nun insgesamt 35 Maßnahmen umfasst. Folgende zwei Neuerungen sind aufgrund ihrer Wirksamkeit besonders hervorzuheben:

**Mobility Maps:** Personalisierte, individuelle Mobilitätsalternativen vergleichen den Arbeitsweg zwischen Bus&Bahn, Fahrrad, Bike&Ride und PKW hinsichtlich Fahrzeit, Kosten, CO<sub>2</sub>-Ausstoss und Bewegungsbedarf. Unternehmen können so per Knopfdruck individuelle Mobilitätsberatung für eine unbegrenzte Anzahl an Mitarbeitenden durchführen.

**beWEGt-Programm:** Mit einem „train-the-trainer“ Ansatz bilden Sportwissenschaftler:innen und Gesundheitspsycholog:innen ausgewählte Mitarbeitende zu internen beWEGt-Koordinator:innen aus. Diese motivieren in ihren Unternehmen Kolleg:innen zu Fuß, mit dem Fahrrad, Bus oder Zug zur Arbeit zu pendeln. Die Unternehmen leisten so mit einer Maßnahme einen Beitrag zur Gesundheitsförderung der Mitarbeitenden und gleichzeitig zum Klimaschutz. Das beWEGt-Programm wurde während der

Warum aktiv pendeln gut für Gesundheit und Klima ist.

Text: Jakob Dietachmair, CIPRA International

Pilotphase von zwölf Wochen wissenschaftlich begleitet. Für knapp 80 Prozent der befragten Teilnehmer:innen hat das beWEGt-Programm mehr Aktivität in ihren Alltag gebracht. Zudem hatten die Pendler:innen weniger Probleme bei anstrengenden Haushaltstätigkeiten, waren gelassener und glücklicher. Drei Monate nach Programmende gaben immer noch rund 40 Prozent an, aktiv und umweltfreundlich zur Arbeit zu kommen, zum Beispiel mit dem Rad, zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Daten analysieren, Ideen sammeln, Lösungen testen: Die durchgeführten Maßnahmen zeigen, dass niederschwellige Angebote Menschen in organisierten Gemeinschaften wie Unternehmen zum Umdenken und Handeln motivieren können. Neben einem Beitrag zu den Zielen des Verkehrsprotokolls der Alpenkonvention (insbesondere Ziel d: ... den inneralpinen und alpenquerenden Verkehr durch Steigerung der Effektivität und Effizienz der Verkehrssysteme und durch Förderung umwelt- und ressourcenschonenderer Verkehrsträger unter wirtschaftlich tragbaren Kosten gewährleistet;) hat das AMIGO Projekt mit 1500 Mitarbeiter:innen der Pilotbetriebe rund 350 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart und die Autonutzung in drei Jahren um 6 Prozent reduziert.

Link zum Werkzeugkoffer: [www.cipra.org/de/cipra/international/projekte/laufend/amigo-aktive-pendlermobilitaet](http://www.cipra.org/de/cipra/international/projekte/laufend/amigo-aktive-pendlermobilitaet)

## KAPAZITÄTSMANAGEMENT NAMENS „SLOT“

Seit einigen Monaten macht ein politisch wie medial gehypter Begriff zur dauerhaften Streitbeilegung in der Transitverkehrsfrage namens „Slot-System“ die Runde. Was steckt dahinter?

Text: Stephan Tischler, Universität Innsbruck und CIPRA Österreich

**E**s ist kurz nach 6 Uhr in der Früh etwas unterhalb der Ortschaft Patsch. Die Gipfel von Serles, Habicht und Zuckerhütl beginnen in den ersten Sonnenstrahlen zu glühen, eine Alpenidylle wie aus dem Bilderbuch. Nicht ganz, denn seit gut einer Stunde donnern in nahezu ununterbrochenen Kolonnen von Lastkraftwagen über die im Vordergrund des Blickfeldes befindliche Europabrücke Richtung Süden, wie auch Richtung Norden.

Wenige hundert Meter entfernt liegen die auf Züge wartenden Gleise der Brenner Eisenbahnstrecke, in entgegengesetzter Richtung im Berg sprengen die Mineure die Tunnelröhren des Brenner Basistunnels durch den Patscherkofel. An kaum einem anderen Ort der Alpen werden die Widersprüche zwischen transalpinen Verkehrspolitik in ihren politischen Bekenntnissen und Absichten und der Realität sichtbar. Seit kurzem wird die Einführung eines „Slot-Systems“ von der Tiroler Landespolitik als innovative Maßnahme zur nachhaltigen Steuerung des Straßengüterverkehrs über die Brenner-Route propagiert. Das Konzept basiert auf dem beispielsweise in der Luftfahrt üblichen Konzept eines zeitlich gestaffelten Durchfahrtsrechtes. Es werden Zeitintervalle mit einer jeweils maximalen Anzahl an LKW-Fahrten definiert. Spediteure können für ihre Fahrten derartige „Slots“ online buchen und erhalten damit das Recht, innerhalb dieses Zeitraumes die Straßeninfra-

struktur für ihre Fahrzeuge zu nutzen. Überlastungen auf den Autobahnen des Brenner-Korridors werden dadurch insbesondere in den Morgenstunden bzw. nach Feiertagen verhindert und die LKW-Fahrten gleichmäßiger über den Tag verteilt. Ein unbestreitbarer Vorteil für Autobahnbetreiber:innen, aber auch für Transportunternehmen da (Transit)Fahrten planbarer und nicht wie heute an Tagen mit Blockabfertigungen an der Grenze zur Lotterie werden. Soweit auch die Einigkeit der politischen Regionsvertreter:innen entlang des Brenner-Korridors.

Das Konzept könnte ein Baustein des einst als „Alpentransitbörse“ bezeichneten Gesamtpaketes zur alpenweiten Lösung der Transitproblematik sein. „Könnte“, denn die derzeit angedachte Form ist weit von der Ursprungsidee entfernt: so fehlt unter anderem eine Miteinbeziehung der Schiene in das Kapazitätsmanagementsystem. Eine Bepreisung der Slots in Abhängigkeit von den noch verfügbaren Durchfahrten ähnlich der Buchung von Sitzplätzen in Flugzeugen ist nicht vorgesehen. Mehr noch, gebuchte Slots sollen generell kostenfrei sein und die Kosten des Systems vom Steuerzahler:innen getragen werden. Unklar ist auch, nach welchen Kriterien die maximale Fahrtenanzahl in einem Slot festgelegt wird. Letztlich räumt auch die Regionalpolitik ein, dass das Slot-System nicht geeignet ist um eine Verlagerung des Transitverkehrs auf die Schiene oder



gar Reduktion des Transportaufkommens zu bewirken. Beides wäre jedoch eine Verpflichtung aus dem seinerzeit unterzeichneten und von den drei betroffenen Staaten ratifizierten Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention. Auf der „Haben-Seite“ bleibt damit vorerst nur die Ablöse der von Italien und Deutschland aber auch den heimischen Frächterverbänden viel kritisierten, praktisch jedoch wirksamen Blockabfertigen an einzelnen Tagen.

Die zu Jahresbeginn von Bayern, Südtirol und Nordtirol medial sehr gut inszenierte trilaterale Gesprächsbereitschaft weckte durchaus die Hoffnung auf ein gemeinsames Vorgehen in der Lösungsfindung hin zur Verlagerung und Reduktion des alpenquerenden Straßengüterverkehrs. Die Ernüchterung setzte jedoch spätestens mit der Forderung aus Rom nach sofortiger Aufhebung der Nacht- und Wochenendfahrverbote vor konkreten Gesprächen zwischen den Ministerien ein. Zwischenzeitlich kommen auch aus Berlin ablehnende Signale und die einflussreiche Frächterlobby in Norditalien mobilisiert ihre Mitglieder gegen jegliche Formen eines Kapazitätsmanagements auf der Straße. Eine Ausweitung des Konzeptes im Sinne der ursprünglichen Idee einer Alpentransitbörse erscheint daher realpolitisch unter den gegenwärtigen politischen Konstellationen in weiter Ferne zu liegen.

# ALPINE RÄUME STRATEGISCH SCHRUMPFFEN

**Ländliche, periphere, alpine Räume sind oft von Bevölkerungsverlust und Wirtschaftsabschwung betroffen. Strategische Ansätze der Raumordnung können das besser begleiten als herkömmliche Instrumente.**

Text: Alois Humer, Universität Wien

Räume können im physiogeographischen Sinn natürlich nicht schrumpfen. Mit räumlicher Schrumpfung ist im humangeographischen Sinn gemeint, dass Orte und Regionen an Bevölkerung verlieren und die Wirtschaftskraft nachlässt, also dass menschliche Lebensräume durch sozio-demographische und/oder wirtschaftliche Prozesse schrumpfen. Dass weite Teile der ländlichen, peripheren Räume in Europa schrumpfen bzw. dies werden, belegen die statistisch-wissenschaftlichen Prognosen von Eurostat und ESPON. Für den Alpenraum ist die Situation zweischneidig. Für einzelne intensivtouristische Regionen und Hauptstädte werden sich absehbar weiterhin demographische und wirtschaftliche Wachstumstrends fortsetzen und sich dementsprechend die räumliche Nutzung intensivieren. Weite Teile des ländlich-peripheren Alpenraums befinden sich allerdings auf einem eindeutigen Pfad der Schrumpfung.

Also die erste, theoretische Frage, ob Räume schrumpfen können, braucht so nicht weiter in der Tiefe verfolgt zu werden. Ja, humangeographisch gesehen können sie es natürlich und sie tun es auch in allen zeitlichen und regionalen Ausprägungen auf der Welt. Die zweite, empirische Frage, ob alpine,

periphere, ländliche Räume schrumpfen, kann mit Blick auf die europäischen Statistiken oder im nationalen Detail auf Ergebnisse der Statistik Austria und der Österreichischen Raumordnungskonferenz ÖROK bestätigt werden. Abbildung 1 zeigt die Bevölkerungsveränderung in den österreichischen Bezirken in den 2010er Jahren mit dem dualen Bild von wachsenden Alpenräumen im Westen und schrumpfenden Peripherien im Süden und Osten. Abbildung 2 zeigt die Prognosen für die kommenden Jahrzehnte mit sich zuspitzenden Trends der regionalen Schrumpfung wie auch des Wachstums.

Für die Raumordnung stellt sich darauf aufbauend vor allem die dritte, gesellschaftspolitische Frage, nach dem „Wie?“. Wie sollen Räume schrumpfen und wie können die Schrumpfungsprozesse begleitet, abgefedert und im Idealfall genutzt werden? Grundsätzlich muss man der Raumordnung schon zutrauen dürfen, dass sie Lösungen findet für demographische und wirtschaftliche Schrumpfungstrends in einem Ort oder einer Region. Banal ist es jedoch nicht, allein schon, weil unsere Raumordnung von heute aufgebaut ist auf einer Wachstumserfahrung und Wachstumslogik von gestern.

Das formelle, verbindliche Raumordnungsinstrumentarium wie der klas-

sische Flächenwidmungsplan wurde in Jahrzehnten des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums entwickelt und erprobt. Damit kann man räumliche Ausweitungen und Intensivierungen passend steuern, so gut es eben die Dynamik der Prozesse zulässt. Ein gelungenes Managen von Schrumpfungstrends ist mit denselben Instrumenten nicht so ohne Weiteres möglich. Eher noch können örtliche und regionale Schrumpfungstrends mittels strategischer Raumordnungsinstrumente gelingen; mit Instrumenten, mit denen man sich inhaltlich auch trauen muss, Konsolidierung und Rückbau anzuvorsieren. Die Unterscheidung zwischen verbindlichen, statutarischen Instrumenten und oftmals unverbindlichen, strategischen Instrumenten der Raumordnung wird auf theoretischer Ebene so vorgenommen, dass die strategischen Instrumente langfristige Planungshorizonte verfolgen, dezidiert den Blick in die (unsichere) Zukunft richten, Mut zur thematischen Lücke und dafür zur thematischen Priorisierung von Problemlagen

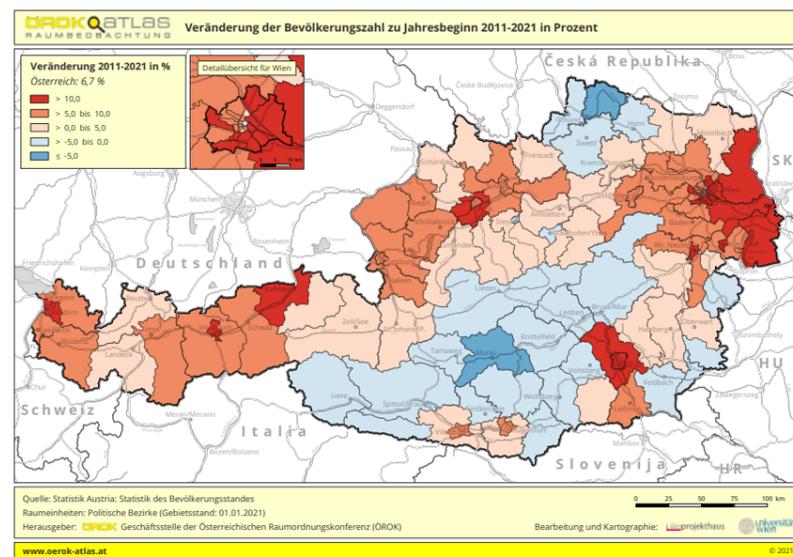


Abbildung 1

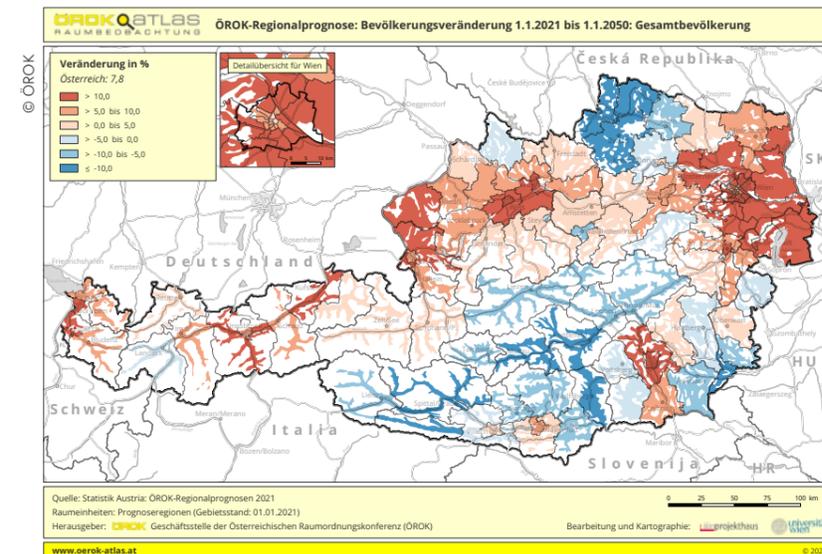


Abbildung 2

mente, die nicht schablonenhaft funktionieren können. Natürlich sind solche Typisierungen immer verallgemeinernd.

Allzu oft finden sich aber in den verbindlichen Instrumenten der Raumordnung auf örtlicher Ebene mit langfristigem Anspruch – wie den Örtlichen Entwicklungskonzepten – ein Hauptziel des Bevölkerungswachstums für die nächsten 10-15 Jahre. An diesem Ziel gibt es prinzipiell nichts auszusetzen. Es wird ja sogar durch den Mechanismus des Finanzausgleichs und der „Belohnung“ von einem Mehr bzw. einem Zuwachs an Hauptwohnsitzbevölkerung fast zwangsläufig zum rationalen Ziel einer Gemeinde erhoben. Die Gemeinde wird geradezu gedrängt, autark zu denken und zu handeln<sup>2</sup>. Es gibt daran nur dann etwas auszusetzen, wenn dieses Ziel des Bevölkerungswachstums nach ausführlicher Faktenlage und Prognosevarianten definitiv unrealistisch ist, denn die Raumordnung sollte dem Sachlichkeitsgebot unterliegen. Gegen alle Trends und Anzeichen weiterhin auf Wachstum zu setzen, wäre nicht mutig, sondern raumordnerisch fahrlässig und widersinnig. Die Ziele und Inhalte von Raumordnungsinstrumenten sollen ja als Kompass dienen für die künftige Entwicklung einer Gemeinde oder Region. Wenn dieser Kompass von vornherein aber fehlerhaft ist, hilft er keinesfalls; nein, er schadet sogar, weil er eine falsche Richtung vorgibt.

Eine Gemeinde oder Region unter Schrumpfungsdynamik steht also vor der großen Herausforderung, mit dieser rein schon vom Zahlenwert her „nega-

## Zu regionaler Zusammenarbeit gehört ein Geben, Nehmen und Teilen

um mit Schrumpfung umzugehen: (I) trivialisieren/ ignorieren, (II) entgegenwirken, (III) annehmen und (IV) nutzen wollen. Die ersten beiden Typen sind durchaus mit den bekannten formellen, verbindlichen Instrumenten darstellbar. Für die anspruchsvolleren Typen III und IV braucht es kreative, kollaborative strategische Planungsprozesse und -inst-

tiven“ Dynamik proaktiv umzugehen. Die gute Praxis der strategischen Raumordnung schlägt vor, dass ein möglichst gemeinsamer, partizipativer, dennoch schonungsloser Planungsprozess gestartet wird unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung und Wirtschaftsakteur:innen. Es braucht einen ehrlichen Umgang und im räumlichen Sinn eine Fokussierung, um die Siedlungen konzipieren zu halten, flächige Ausdünnung wie Leerstand zu vermeiden und stattdessen einzelne, verbliebene Zentren zu stärken. Zu einem proaktiven Umgang gehört auch, die regionale Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden zu suchen und zu stärken, ohne dem eigentlich verfassungsrechtlich auferlegten Autarkismus zu folgen, denn zu regionaler Zusammenarbeit gehört ein Geben, Nehmen und Teilen. Für diese Herangehensweisen wurden die statutarischen Instrumente der Raumordnung nicht gemacht. Die jüngere Praxis der strategischen Raumordnung in Österreich zeigt aber, dass sie sich vom Grundgerüst emanzipiert hat. Modelle der Vertragsraumordnung auf örtlicher Ebene oder zukunftsgerichtete Planungsprozesse wie die niederösterreichische Regionale Leitplanung sind neue Instrumente, mit denen man auch „negativen“ Entwicklungstrends begegnen kann.

<sup>1</sup>Humer, A. (2018) Strategic spatial planning in shrinking regions; in: Hospers, G.-J. & Syssner, J. (eds.) Dealing with urban and rural shrinkage: formal and informal strategies (pp. 73-86), LIT Verlag, Zürich (ISBN 978-3-643-90822-3)  
<sup>2</sup>Fassmann, H. & Humer, A. (2021) Örtliche Raumplanung als Gestaltungsaufgabe; in: Steiner-Hämmerle, K. & Oppitz, F. (eds.) Handbuch Gemeindepolitik (2. Auflage), Verlag Österreich (ISBN 978-3-7046-8449-3)

# „WIE SOLLEN RÄUME SCHRUMPFEN UND WIE KÖNNEN DIE SCHRUMPFUNGSPROZESSE BEGLEITET, ABGEFEDERT UND IM IDEALFALL GENUTZT WERDEN?“

Alois Humer, Beitrag „Alpine Räume strategisch schrumpfen“ Seite 10

## Frage: Was sind die drei Themenschwerpunkte des mehrjährigen Arbeitsprogramms der Alpenkonvention von 2023 - 2030?

- 01** Mensch & Kultur, Biodiversität & Ökosysteme, Transport & Mobilität
- 02** Biodiversität & Ökosysteme, Klimawandel, Lebensqualität
- 03** Grünes Wirtschaften, Nachhaltige Entwicklung, Klimawandel
- 04** Transport & Mobilität, Lebensqualität, Nachhaltige Entwicklung

### RECHTSSERVICESTELLE ALPENKONVENTION

Eine Einrichtung zum Abbau vorhandener Berührungspunkte mit der Alpenkonvention, zur Ausschöpfung des Potenzials und in weiterer Folge zur Erleichterung von Entscheidungsprozessen sowie der Unterstützung und Entlastung des Verwaltungsapparats.  
[www.alpenkonventionsrecht.at](http://www.alpenkonventionsrecht.at)

Anfragen können direkt an das Alpenkonventionsbüro von CIPRA Österreich gerichtet werden:  
E-Mail: [oesterreich@cipra.org](mailto:oesterreich@cipra.org)  
Tel.Nr.: +43 (0)1 401 13 32

Auflösung der letzten Ausgabe: 01 Passy, Frankreich

Österreichische Post AG  
MZ 11Z0038846 M  
Umweltdachverband, Dresdner Straße 82/7. OG, 1200 Wien

Bei Unzustellbarkeit retour an:  
CIPRA Österreich  
Dresdner Straße 82/7. OG  
A-1200 Wien

[www.cipra.at](http://www.cipra.at)